Bericht über die Entwicklung in POLEN

Dezember 1963

I . Politische Ereignisse — Seite: 1

1) CHRUSCHTSCHOW in Polen — 1

2) 15 Jahre nach der "Vereinigung" — 6

3) GOMULKA über Koexistenz und Entspannung — 8

4) Nationale Minderheiten in Polen — 9

II. Wirtschaft — 12

GOMULKAs-Enthüllungen über die wirtschaftliche Lage Polens — 12

- - - - - - - -

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn -

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) CHRUSCHTSCHOW in Polen

GOMULKA galt bis jetzt als der treueste Verbündete CHRUSCHTSCHOWs. Die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem polnischen Parteiführer basierte auf einer echten Interessengemeinschaft. Dieses Bild der Beziehungen zwischen Moskau und Warschau hat sich in den letzten Monaten ein wenig getrübt. Als CHRUSCHTSCHOW unmittelbar nach Neujahr zu einem "inoffiziellen" Besuch nach Polen kam, fand er eine veränderte Situation. Für die Sowjets kam diese Veränderung nicht überraschend. Im Kreml beobachtete man seit einigen Monaten mit wachsender Besorgnis, daß Warschau nicht bereit ist, die sowjetischen Direktiven in der Chinafrage hundertprozentig zu befolgen.

Schon als die ersten Anzeichen der Differenzen zwischen Moskau und Peking deutlich wurden, hatte sich der polnische Parteichef um eine Schlichtung bemüht. Diese Versuche kamen für CHRUSCHTSCHOW nicht ungelegen, obwohl er als Realist GOMULKA keine Erfolgschancen einräumte. Er behielt Recht. Die Chinesen winkten damals ungeduldig ab und verbaten sich GOMULKAs Einmischung. In Peking galt der Warschauer Kommunistenführer ohnehin als suspekt.

Aber GOMULKA ließ sich nicht so leicht entmutigen. Von taktischen Überlegungen oder Prestigefragen unbeeinflußt, stellte er den Gedanken der Kommunistischen Einheit um jeden Preis in den Vordergrund. An der Haltung CHRUSCHTSCHOWS mußte ihm dabei vor allem stören, daß der Kremlchef das chinesischen Problem allzu sehr vom Standpunkt der Taktik und seines persönlichen Prestiges betrachtete.

Sehr zögernd nur folgte der polnische Parteichef den sowjetischen Direktiven, als Moskau den Konflikt mit Peking mehr und mehr verschärfte.

Innerhalb der polnischen Partei rührten sich Kräfte, die mit einer Befolgung der CHRUSCHTSCHOWSCHEN Linie in der China-Frage nicht einverstanden sind.

Schon im Sommer vorigen Jahres kam es während des ideologischen Plenums des ZK der PZPR zu einem Zusammenstoß zwischen den einzelnen Parteifraktionen, welche Haltung die polnischen Kommunisten gegenüber dem chinesischen Schisma einnehmen sollten. Die Fraktion der "Liberalen" verlangte eine entschlossene Verdammung der abtrünnigen Chinesen und schwenkte damit auf die sowjetische Linie ein. Die Neostalinisten dagegen, die von manchen als "China-Lobby" betrachtet werden, vertraten die Ansicht, daß Polen sich aus dem Streit nach Möglichkeit heraushalten müsse.

GOMULKA fühlte sich durch die Haltung der Neostalinisten in seinen Ansichten bestärkt, und die polnische Presse mässigte den Ton gegenüber den Chinesen. Während der ZK-Sitzung Ende November vorigen Jahres wurde die Trennungslinie zwischen den Fraktionen in der China-Frage noch deutlicher. Die Forderungen der "Liberalen" fanden eine sehr heftige Ablehnung bei den Neostalinisten. Wie oft in den letzten zwei Jahren stellte sich heraus, daß die Ansichten des Parteichefs sich weitgehend mit den Ansichten der Neostalinisten deckten - eine Feststellung, die verblüffend klingt, die aber vieles in der Entwicklung der letzten Jahre in Polen erklärt. Die Auseinandersetzungen unter den polnischen Kommunisten wegen der gegenüber China zu verfolgenden Politik blieben natürlich dem Kreml nicht verborgen. CHRUSCHTSCHOW muß damals zu dem Schluß gekommen sein, daß seine persönliche Intervention notwendig sei, um GOMULKA auf der sowjetischen Linie zu halten. Es begannen Gespräche über ein gemeinsames Treffen.

Am 27. Dezember 1963 erschien in der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" der Text eines Telegramms, das von GOMULKA aus Anlaß des 70. Geburtstages Maos nach Peking geschickt wurde. Dort hieß es:

> "Dein ganzes Leben und Deine ganze Arbeit sind unzertrennlich mit dem heldenhaften Kampf des Chinesischen Volkes verbunden, das unter Führung der kommunistischen Partei die Befreiung vom Joch der Kapitalisten und Feudalen erzwang. Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei steht unerschütterlich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus und wünscht sehr, daß sich die brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Polen und China, zwischen unseren Parteien und Völkern erfolgreich entwickelt und festigt im Interesse unserer gemeinsamen Sache des Friedens, der Freiheit der Völker und des Sozialismus."

Unter dem Text der polnischen Depesche brachte "Trybuna Ludu" eine TASS-Meldung über das Glückwunschtelegramm CHRUSCHTSCHOWs an Mao. Die Gegenüberstellung der beiden Texte konnte jedem auch oberflächlichen Leser des polnischen Parteiblattes veranschaulichen, daß die Haltung der polnischen Kommunisten gegenüber China nicht mehr mit der sowjetischen übereinstimmt.

Für CHRUSCHTSCHOW war das ein Zeichen, nun schnell zu handeln. Wenige Tage später, am 2. Januar d. J., erschien er in Warschau. Nach einer betont herzlichen Begrüßung begab er sich mit seinen polnischen Gesprächspartnern in die winterliche Stille der ostpreussischen Wälder "zur Jagd".

Über die Zusammensetzung der polnischen Delegation für die Gespräche mit den Sowjets ist in der Presse im Ausland schon viel gedeutet worden. Außer dem Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ, der von 1948 Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei war, gehörten alle anderen Teilnehmer zu der Gruppe der "Gomulkisten" im ZK.

Zenon KLISZKO ist seit Oktober 1956 der engste Vertraute des Parteichefs, der neulich zum Marschall ernannte Marian SPYCHALSKI gilt auch als ein enger Freund des I. Sekretärs. Dasselbe läßt sich von dem Gewerkschaftsführer Loga-Sowinski sagen.

Vertreter der streitenden Fraktionen haben an den Gesprächen mit CHRUSCHTSCHOW nicht teilgenommen. Der noch bis vor kurzem als "kommender Mann" geltende Neostalinist Ryszard STRZELECKI, der ZK-Sekretär ist, wurde nach Stockholm zum Parteitag der schwedischen Kommunisten geschickt, die "Liberalen", unter ihnen Staatsratsvorsitzender ZAWADZKI, Außenminister RAPACKI und Politbüromitglied OCHAB, durften nur zur kurzen Begrüßung am Bahnhof erscheinen.

Offensichtlich wollte GOMULKA bei seinen Gesprächen mit den Sowjets nur von solchen polnischen Kommunisten umgeben sein, von denen er wußte, daß sie mit ihm gänzlich übereinstimmen und sich ihm gegenüber loyal verhalten werden. Aus dem ersten Grunde durften die "Liberalen" nicht in die masurischen Wälder mitkommen, aus dem zweiten die Neostalinisten nicht, mit denen GOMULKA zwar oft übereinstimmt, denen er aber nicht traut. Die erbitterte Feindschaft zwischen KLISZKO und dem prominentesten Neostalinisten STRZELECKI wirft neue Schatten auf die Beziehungen zwischen dieser Gruppe und GOMULKA.

Auf das Niveau seiner Begleiter kam es GOMULKA offenbar wenig an. Gewerkschaftschef Loga-Sowinski genießt in der Parteispitze den traurigen Ruf, der begrifsstutzigste zu sein, und der frisch gebackene Marschall Spychalski ist nach jahrelangem Aufenthalt in den stalinistischen Kerkern ein kranker Mann. Beide wurden bisher zu wichtigen internationalen Besprechungen auch niemals herangezogen. Ihre Anwesenheit sollte wohl bei CHRUSCHTSCHOW den Eindruck erwecken, daß es in der Leitung der PZPR keine

Differenzen wegen der zu verfolgenden Politik gegenüber China gibt.

Premier CYRANKIEWICZ gehört nicht zu dem engeren Kreis der "Gomulkisten". Er erfreut sich aber großer Beliebtheit bei CHRUSCHTSCHOW und würde GOMULKA niemals in den Rücken fallen. Obwohl er zeitweise von den Neostalinisten scharf bekämpft wurde, hielt er es nicht für opportun, sich allzu eng mit den "Liberalen" zu verbinden. Er behielt auf diese Weise Bewegungsfreiheit und kann sich jeder Zeit mit jedem arrangieren. Seine taktische Gewandtheit wird von GOMULKA geschätzt, und die Position CYRANKIEWICZs gilt als fest.

Der Unterstützung seiner Begleitung sicher, konnte GOMULKA besser den Vorwürfen seines großen Freundes aus Moskau entgegentreten. In unterrichteten Kreisen der polnischen Hauptstadt spricht man davon, daß CHRUSCHTSCHOW mit dem Vorsatz na ch Warschau kam, seinen bisher treuesten Satelliten wieder "auf Vordermann" zu bringen. CHRUSCHTSCHOW soll ziemlich unumwunden seine Unzufriedenheit über die Doppelgleisigkeit der polnischen Politik im Pekingkonflikt geäußert haben.

Die Aufgabe des polnischen Parteichefs war es, CHRUSCHTSCHOW davon zu überzeugen, daß er nicht daran denkt, die sowjetische Linie zu verlassen, mit der er im allgemeinen vollständig übereinstimme. Eine Differenz in der Haltung gegenüber China resultiere lediglich aus echter Besorgnis um die gemeinsame Sache, um die Einheit des Sozialismus.

Nach Ansicht politischer Beobachter in Warschau ist es CHRUSCHTSCHOW nicht gelungen, GOMULKA zu überzeugen, daß den Interessen des Sozialismus am besten damit gedient ist, wenn er, GOMULKA, dem sowjetischen Beispiel ohne Schwankungen folgt.

Es muß also auch in Zukunft damit gerechnet werden, daß Warschau in manchen Fällen eine etwas andere Haltung als die Sowjetunion gegenüber China einnehmen wird.

Völlig befriedigt konnte also CHRUSCHTSCHOW nicht aus Polen zurückkommen. Aus den in Warschau umlaufenden Gerüchten erfährt man jedoch, daß die Polen auf sowjetischen Wunsch eine aktivere Rolle bei der kommenden Abrüstungskonferenz in Genf spielen sollen. Darüber konnte man sich in Alleinstein völlig einigen.

2) 15 Jahre nach der "Vereinigung"

Am 15. Dezember 1948 vollzog sich auf dem "Vereinigungsparteitag" die Liquidierung der traditionsreichen Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Vor dem ersten Weltkriege war diese Partei nicht nur Hauptkämpferin um die Rechte der Arbeitnehmerschaft in Stadt und Land, sondern stand auch in der ersten Reihe derjenigen, die sich für die nationale Unabhängigkeit des polnischen Volkes einsetzten. An den beiden Fronten, sowohl im sozialen als auch im nationalen Freiheitskampf, erwarb sich die PPS Verdienste und brachte unzählige Opfer insbesondere im damals russischen Teil Polens.

Diese ruhmreiche Tradition wurde unter dem Druck der Kommunisten und durch die Mithilfe der Opportunisten vom Schlage des Premier CYRANKIEWICZ unterdrückt. Wer sich gegen die kommunistische Vergewaltigung wehrte, wurde von der Sicherheitspolizei verfolgt, eingekerkert, ja in vielen Fällen sogar ermordet.

Nach 15 Jahren sind die damaligen Kämpfe Geschichte geworden. Die polnischen Kommunisten versuchen, die Zwangsvereinigung durch Legenden zu kaschieren. So schreibt "Trybuna Ludu" zum 15. Jahrestag der Zwangsvereinigung:

> "In unserer Partei, die über 1,3 Millionen Mitglieder zählt, haben sich die Unterschiede der alten Parteizugehörigkeit verwischt. Verwischt haben sich auch die Unterschiede zwischen den Generationen, die während aller dieser Jahre in einer breiten Strömung als Nachwuchs in die Partei einströmten."

Es stimmt zwar, daß sich die junge Generation, die kaum Vorstellungen von der liquidierten PPS hat, mit dem Problem der alten Parteizugehörigkeit nicht mehr befaßt. Aber bei den meisten Altkommunisten, die immer noch auf vielen einflußreichen Posten in Partei, Verwaltung und Wirtschaft sitzen, gelten die ehemaligen Sozialisten immer noch als verdächtig und als "Fremdkörper" in der Partei. Verständlich, daß unter solchen Umständen die ehemaligen Sozialisten zusammenhalten und eine Art eigene Fraktion in der PZPR bilden.

Die um Freiheit und Recht für die Massen kämpfende Sozialistische Partei wurde zwar aufgelöst, aber der ewige Drang der Menschen nach diesen Werten läßt sich nicht bändigen, wie der Posener Aufstand vom Juni 1956 deutlich bewiesen hat. In diesem Sinne ist die Tradition der PPS in den Massen so lebendig wie früher, und das wissen die polnischen Kommunisten auch.

Die Kommunisten gehen auch an der Wahrheit vorbei, wenn sie von sich verwischenden Unterschieden zwischen den Generationen in der Partei schreiben. Das Generationsproblem macht gerade heute der PZPR mehr zu schaffen, als je zuvor. Die Jungen, die stark zum Pragmatismus neigen, verstehen sich mit den älteren Parteimitgliedern kaum noch. Die desillusionierende Wirkung des Stalinismus ist bei den Jungen immer noch ziemlich stark und äußert sich in dem allgemeinen Unwillen gegenüber jeder politischen Be-

tätigung. Noch vor 15 Jahren strömten viele junge Idealisten in die Partei, heute sind die Kandidaten fast ausnahmslos Opportunisten. Diese Gefahr ist für eine regierende Partei immer stark, hier wird sie durch die unter der jungen Generation herrschende Tendenz zur politischen Abstinenz noch besonders verstärkt. Diese Tatsache ma cht der Parteileitung viel Sorgen.

3) GOMULKA über Koexistenz und Entspannung

Bei der Einweihung der Ölleitung, die Polen und die "DDR " mit sowjetischem Öl versorgen wird, hielt der Parteichef GOMULKA eine Rede, in der er sich auch mit internationalen Problemen befaßte. U.a. sagte er:

> "Eine Verzögerung der Lösung internationaler Probleme, mit welchen Gründen man auch diese Verzögerung motiviert, kann nicht dem Frieden , sondern nur der Fortsetzung des Kalten Krieges und der Spannung dienen. Wenn der polnische Vorschlag (atomfreie Zone in Mitteleuropa), gleich na ch dem er gema cht worden war, angenommen worden wäre, wäre die Lage in Mitteleuropa heute vollkommen anders. Anstelle der chronisch entzündeten deutschen Frage hätten wir heute zweifellos eine Atmosphäre der Entspannung und der Sicherheit...
>
> Man wird die deutsche Frage im Schatten der auf westdeutschem Gebiet aufgestellten, auf die sozialistischen Länder gerichteten, todbringenden Atomraketen nicht lösen können. Die Sache würde noch schlimmer aussehen, wenn die Betätigung dieser Raketen direkt oder indirekt von den ehemaligen Hitlergeneralen oder ihrer Zöglinge abhängen sollte...
>
> Von 1955 an äußerten wir immer wieder den Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik auf allen Gebieten des Lebens. Unsere konstruktiven Bemühungen fanden aber leider nicht den richtigen Widerhall in der Bundesrepublik. Die Bonner Regierung brachte es bis jetzt nicht fertig, die westliche Grenze Polens an der Oder-Neiße anzuerkennen. In der Bundesrepublik gab man die revisionistische Propaganda gegen den endgültigen Charakter unserer Westgrenze nicht auf.

Wir konnten zwar mit gewisser Genugtuung feststellen, daß es uns am Anfang dieses Jahres (1963) gelang, mit der Bundesrepublik ein beiderseitig günstiges Handelsabkommen abzuschliessen. Aus diesem Grunde waren wir mit der Eröffnung der Handelsmission der Bundesrepublik in Warschau einverstanden. Es folgten aber keine weiteren Schritte seitens der Bundesrepu blik, obwohl dort ein Regierungswechsel stattfand, der auf eine Abkehr von der bisherigen, friedensgefährdenden Politik hindeuten konnte.
Eine Änderung dieser Politik, das betone ich noch einmal, ist aber unentbehrlich, wenn man einer wirklichen internationalen Entspannung den Weg frei machen will...

Wir haben nicht ohne Zufriedenheit die letzten Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Johnson aufrichtig begrüßt, der sich für internationale Entspannung, Verständigung zwischen den Völkern, friedliche Zusammenarbeit und Verhandlungen aussprach. Es wird jedoch Zeit sein, den Worten Taten folgen zu lassen."
(Laut "Trybuna Ludu" vom 29. Dezember 1963).

4) Nationale Minderheiten in Polen

In Vorkriegspolen, das laut der letzten damals durchgeführten Volkszählung 32 Millionen Einwohner zählte, gehörten nach polnischen Angaben 10 Millionen Menschen einer nationalen Minderheit an. Die stärkste Gruppe waren die Ukrainer (4,5 Mio), es folgten die Juden (2,7 Mio), Weißruthenen (1,7 Mio), Deutsche (740 000), und einige kleinere Gruppen, wie Russen und Litauer. Die Zahl der Deutschen wird von deutscher Seite erheblich größer geschätzt. Durch die gewaltsame Umsiedlung von Millionen ist Polen auf dem jetzigen Gebiete ein weitgehend nationaler Staat.

Laut offizieller Statistik beträgt die jetzige Einwohnerzahl knapp 31 Millionen, auf nationalen Minderheiten entfallen 450 000. Das sind knapp anderthalb Prozent. Vor dem Kriege waren es über 30 %.

Die Ukrainer stehen auch heute mit 180 000 an der ersten Stelle, dicht gefolgt von Weißruthenen (165 000). Von den Juden sind nach der planmässigen nationalsozialistischen Ausrottungspolitik und der Flucht zahlreicher Überlebender noch noch 31 000 in Polen verblieben. Es gibt in Polen je ca. 20.000 Russen und Slowaken, 12 000 Zigeuner und 10 000 Griechen. Die Griechen sind ehemalige Partisanen mit Familien, die nach dem gescheiterten kommunistischen Aufstand in Griechenland fliehen mußten. Die Zahl der Deutschen Bevölkerung wird von den Polen mit 3 000 beziffert. Oberschlesier und Masuren werden als deutsche Minderheit nicht anerkannt.

Die Ukrainer leben nicht, wie man vermuten könnte, im südöstlichen Teil des heutigen Polens, sondern in Ostpreußen und Pommern. Dorthin sind sie von den kommunistischen Behörden auf sowjetisches Anraten umgesiedelt worden, um die national-ukrainische Partisanentätigkeit in den Ostkarpaten wirksamer bekämpfen zu können. Die Weißruthenen dagegen leben weiterhin im Nordosten Polens. Die jüdische Bevölkerung lebt überwiegend in Warschau, Lodz, Stettin, Breslau und anderen niederschlesischen Städten. Die Griechen wurden seinerzeit in Niederschlesien entlang der Lausitzer Neiße angesiedelt, weil sie als besonders zuverlässiges Element galten. Da sie fanatische Kommunisten waren, gestalteten sich die Beziehungen zur polnischen Bevölkerung in der stalinistischen Ära nicht immer gut. Die Griechen bildeten eigene Dörfer und lebten isoliert von den anderen. Inzwischen haben auch sie viele Illusionen verloren. Im ungewohnten nördlichen Klima fühlen sich viele von ihnen nicht sonderlich glücklich.

Die Zeitung "Zycie Warszawy" informiert am 12. Dezember 1963, daß es augenblicklich in Polen sieben periodische Zeitschriften für nationale Minderheiten gibt. Ihre Gesamtauflage aber ist sehr klein und betrug im Jahre 1961 3 Millionen Exemplare.

Die Zahl der Bibliotheken, die von Organisationen der Minderheiten betrieben werden, beträgt 39, die der "Kulturklubs" 160. Es gibt außerdem zwei Theater: Ein jüdisches und ein russisches.

Für die Minderheiten stehen zwei Arten von Schulen zur Verfügung. Der erste Schultyp hat die Sprache der jeweiligen Minderheit als Unterrichtssprache, der zweite ist auf der polnischen Unterrichtssprache aufgebaut, hat aber einen verstärkten Unterricht in der Muttersprache der jeweiligen Minderheit.

Vom ersten Typ gibt es 92 Schulen (79 Volksschulen, 8 Mittelschulen und 5 Lehrerseminare), vom zweiten 309 Schulen. Um den Unterricht in der Muttersprache einzurichten, genügt die Anmeldung von 7 Schülern.

Jede nationale Minderheit hat eine eigene Organisation, eine sogenannte "sozial-kulturelle Gesellschaft", die als ihre Vertretung gilt. Die Organisation der deutschen Minderheit hat ihren Sitz in Waldenburg. Die Organisationen der Minderheiten sind einer starken Kontrolle durch Partei und Verwaltung unterworfen.

II. WIRTSCHAFT

GOMULKAs Enthüllungen über die wirtschaftliche Lage Polens

An den beiden letzten Tagen des November 1963 fand die XIV. Sitzung des ZK statt, die hauptsächlich wirtschaftlichen Problemen des Landes gewidmet war. Nachdem der Bericht des Politbüros, die Ansprache des Leiters der Planungskommission, die Diskussionsbeiträge einzelner Redner und endlich die Beschlüsse längst veröffentlicht waren, erschien am 8. Dezember 1963 die Schlußrede des Parteichefs GOMULKA. Dieses jeder kommunistischen Gepflogenheit widersprechende Verhalten läßt erkennen, daß man lange in der Parteileitung diskutieren mußte, um sich darüber zu einigen, wieviel von der Wahrheit über die wirtschaftliche Lage Polens man der Bevölkerung sagen soll. Die Rede GOMULKAs erschien in der "Trybuna Ludu" stark verkürzt und sichtlich umgearbeitet.

Was man nach langer Überlegung zu gestehen bereit war, reichte völlig aus, um die bisher von GOMULKA vertretene These, an den augenblicklichen Schwierigkeiten Polens wären hauptsächlich "höhere Gewalten" schuld (strenger Winter des Vorjahres, zwei schlechte Ernten), als überholt zu betrachten. So sagte GOMULKA:

> "Wenn es sich um die Kritik an unseren Planungs- und Kontrollorganen handelt, so ist sie unbedingt gerechtfertigt. Die Genossen hatten sicherlich oftmals Recht, wenn sie viele Unzulänglichkeiten in unserem Planungssystem und in der Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft kritisierten. Es scheint jedoch, daß der wichtigste Faktor, der die Hauptquelle unserer Schwierigkeiten war, nicht ausreichend berücksichtigt wurde, und zwar das Fehlen jeglicher Reserven in unserer Wirtschaft."

Dieses Geständnis hebt die Frage der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage Polens auf eine ganz andere Ebene. Nicht die Natur, sondern Menschen rücken bei der Erörterung der Schuldfrage in den Vordergrund.

"Wir behaupteten, daß der Hauptgrund unserer Schwierigkeiten darin liegt, daß unsere Landwirtschaft weder die Produktions- noch Exportplanziele erreichen konnte. Wenn wir aber in die Vergangenheit zurückblicken, so wird sich erweisen, daß wir während der ganzen Zeitdauer der Volksmacht niemals die eingeplante Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verwirklicht haben. Auf vielen anderen Gebieten, in der Industrie- und nicht nur dort - wurden die Planziele voll realisiert und oft sogar übererfüllt. Warum war das so? Wenn wir über diese Spanne zwischen den Planzielen und Produktionsergebnissen in der Landwirtschaft nachdenken, so müssen wir uns klar werden, daß wir viele Jahre lang die Bedeutung der Landwirtschaft unterschätzt haben. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion war nicht durch entsprechend hohe Investmittel gesichert..Die Mittel ... waren im Verhältnis zur gestellten Aufgabe zu klein und außerdem wurden sie oft noch gekürzt. Während der langen Jahre hatten weder die Verwaltungsorgane, noch unsere Partei Verständnis für die Bef riedigung der Investitionsbedürfnisse der Landwirtschaft und für die Bedeutung dieses Zweiges der Volkswirtschaft."

Als Beispiel für die Vernachlässigung der Landwirtschaft führt GOMULKA die Belieferung mit Kunstdüngemitteln an. Während der Periode des letzten Fünfjahresplanes (1956-60) sollte die Landwirtschaft 987 000to Kunstdünger (umgerechnet auf 100 % Konzentration) bekommen. In Wirklichkeit lieferte man jedoch nur drei Viertel dieser Menge (745 000 to). Bei der Vollbelieferung hätte man jährlich 1,4 Mio to Getreide mehr produzieren können, was eine starke Reduzierung der Importe erlaubt hätte.

Im laufenden Fünfjahresplan sieht es nicht besser aus. Während der letzten drei Jahre bekam die Landwirtschaft jahrjährlich 80-90 000 to zu wenig Kunstdüngemittel.

"Man wird die Investauflagen für die Landwirtschaft im künftigen Fünfjahresplan bedeutend vergrößern müssen, und dementsprechend muß man die jetzigen Proportionen bei der Verteilung der Investitionen in der gesamten Volkswirtschaft verändern.

Vor allem wird man durch entsprechende Mittel eine rasche Steigerung der Mineraldüngemittelproduktion sichern müssen."

Trotz einer radikalen Beschneidung der Investitionen in diesem Jahr wird man mit dem Bau einer zusätzlichen Düngemittelfabrik beginnen. Das Ziel ist Belieferung der Landwirtschaft mit mindestens 100 kg Mineraldünger (100 %) pro ha.

"Dann können wir annehmen, daß alle heutigen Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, die sich auf die Gesamtwirtschaft auswirken, überwunden werden können. Bei einer richtigen Anstrengung können wir das in fünf Jahren erreichen."

Die begangenen Fehler beruhten nicht alleine darauf, daß man der Landwirtschaft ungenügende Mittel zur Verfügung stellte.

"Auch die Planung der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion war nicht richtig. Die Planung in der Landwirtschaft stützte sich auf die gleichen Prinzipien wie die Planung in der Industrie. Wir planten also jeweils eine bestimmte Produktionszunahme inAnlehnung an die Produktionsergebnisse des vergangenen Jahres. Eine solche Methode ist nicht richtig. In der Landwirtschaft kann man eine Produktionssteigerung von Jahr zu Jahr nicht planen, weil klimatische Bedingungen, die man nicht voraussehen kann, in sehr großem Masse die Ergebnisse bestimmen."

Diese Feststellung GOMULKAs bedeutet ein Abrücken von einer besonders naiven,und in ihren Resultaten besonders verhängnisvollen Form des kommunistischen Wunschdenkens. Überhaupt scheinen viele bisherigen Dogmen des kommunistischen Wirtschaftsdenkens in die Rumpelkammer zu wandern. Die recht späte Einsicht, daß die Landwirtschaft eine wichtige Rolle in der Gesamtwirtschaft Polens spielt und nicht stiefmütterlich behandelt werden darf, wird sich leider zunächst unvorteilhaft für die Bevölkerung auswirken. Um die nötigen Mittel für die Landwirtschaft zu bekommen, beschränkt man sich keineswegs darauf, einige zu kostspielige schwerindustrielle Investitionen einzuschränken:

"Die Investauflagen für die Landwirtschaft sind im jetzigen Fünfjahresplan niedriger als die Auflagen für den Wohnungsbau. Obwohl ich die Wohnungsnot unserer Bevölkerung keineswegs unterschätze, muß ich feststellen, daß solche Proportionen bei dem jetzigen Stand unserer Landwirtschaft nicht richtig sind."

Weitere Ausführungen widmete GOMULKA der Frage der fehlenden Reserven in der Wirtschaft:

"Der Kern aller Schwierigkeiten, die unsere ständig wachsende Wirtschaft durchmacht, ist das Fehlen von Reserven. Wirtschaften ohne Reserven ist äußerst kostspielig, verursacht dauernde Störungen in der Arbeit, ständige Korrekturen der Produktions-, Export-, Import, Versorgungs-Investitions- und anderer Pläne. Die langjährige Praxis belehrt uns, daß die Schaffung entsprechender Reserven für das normale Funktionieren der Wirtschaft eine absolut unentbehrliche Vorbedingung ist...

Es liegt auf der Hand, daß während einiger Jahre, die notwendig sind, um in der sozialistischen Wirtschaft entsprechende Reserven zu schaffen, das Tempo ihrer Entwicklung verlangsamt werden muß. Es wird nicht leicht sein, diese Reserven zu schaffen, weil die Außenhandelsbilanz gespannt ist und weil ein allgemeines Verlangen nach Erhöhung der Investitionen besteht. Ein Druck in dieser Richtung wird von einzelnen Ministerien, Betrieben und auch Parteiinstanzen ausgeübt. Die Planungskommission und die Regierung gaben bisher diesem Druck nach, was in der Zukunft nicht der Fall sein darf. Wir konnten u.a. deswegen keine ausreichende Reserven schaffen, weil der Druck auf die übermässige Forcierung der Investitionen so stark war, und auch weil man die Ansicht vertrat, daß Sammeln von Reserven eine unproduktive Einfrierung des Kapitals bedeute. Die Praxis beweist aber, daß gerade das Fehlen der Reserven der Volkswirtschaft Schaden zufügt."

Die Kritik des "liberalen" Flügels der Partei und die von dieser Gruppe verlangten Maßnahmen wurden von GOMULKA zurückgewiesen:

"Manche Genossen erblicken die Hauptursache unserer augenblicklichen Schwierigkeiten in einer übermässigen Belastung des

Nationaleinkommens durch die Investitionen in der Schwerindustrie. Man schlägt uns vor, die für die Schwerindustrie bestimmten Mittel bei schnell rentierenden Vorhaben und bei sozialen und kulturellen Investitionen zu verwenden. Das ist unannehmbar. Eine Verarbeitungsindustrie ohne ausreichende Materialbasis auszubauen, wäre die schlechteste Methode."

Diese Argumentation bedeutet, daß GOMULKA in Bezug auf das Primat der Grundstoffindustrie immer noch auf konservativen kommunistischen Positionen ausharrt, was ihm von den "Liberalen" auch vorgeworfen wurde. In der Theorie erkennt er die Notwendigkeit des Ausbaus der Verarbeitungsindustrie an, aber erst na chdem die Basis der Grundstoffindustrie ausreichend ist. In der Praxis bleibt es wie bisher beim vorranigen Ausbau der Grundstoffindustrie.

Zum Schluß seiner Rede (oder richtiger gesagt dessen, was man von dieser Rede veröffentlicht hat), machte GOMULKA eine etwas verblüffende Feststellung:

Die wirtschaftliche Lage unseres Landes ist nicht schlecht. Die Wirtschaft ist in der Entwicklung begriffen, der diesjährige Plan (1963) der Industrie wird erfüllt, die landwirtschaftlichen Erträge sind mittelgut, wir haben eine gute Perspektive vor uns."

Mit diesen Worten demonstrierte GOMULKA noch einmal und auf eine etwas simple Art, daß er ein Feind von Schwarzmalerei ist. Bisher demonstrierte er diese Einstellung nur auf dem Gebiete der Kulturpolitik. Durch seine Intervention wurden einige interessante Versuche auf dem Gebiete der Literatur und des Filmes, die so viel Interesse im Ausland erweckten, im Keim erstickt. Seinen gewollten Optimismus überträgt er jetzt auf das Gebiet der Wirtschaft, was unter mandhen ZK- Mitgliedern weniger Verständnis hervorrufen wird als seine Kulturpolitik. In Warschau erzählt man sich, daß GOMULKA während der letzten ZK-Sitzung manches bittere Wort der Kritik einstecken mußte, weil er die wirtschaftliche Lage des Landes mit

Rücksicht auf das "Prestige" der Partei verschönert hat. Dies warfen ihm vor allem die "Liberalen" vor. Die Neostalinisten wandten sich nicht gegen das Prinzip der bisherigen Wirtschaftspolitik der Partei, sondern lediglich gegen die unbefriedigende Art ihrer Ausführung durch die Planungsorgane. Sie schlugen auch vor, den bisherigen Chefplaner JEDRYCHWOSKI durch einen Mann ihrer Wahl zu ersetzen: Eugeniusz SZYR. Er hatte diesen Posten schon einmal inne, und zwar während der drei Jahre vor dem Oktober 1956.

Wie man hört, will GOMULKA diesen Wunsch der Neostalinisten nicht erfüllen. Unter dem doppelten Beschuß beider streitenden Fraktionen schien aber das Prestige des Parteichefs merklich gelitten zu haben.